

Beitrag des BUND Landesarbeitskreises Abfall NRW zum abfallpolitischen Fachgespräch der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Landtag NRW am 5. 10. 2004

„Gelb in grau?“

Wie sinnvoll ist die „Zebratonne“?

Zurzeit stehen die Sammelsysteme zur getrennten Erfassung von Wertstoffen des Hausmülls in der Diskussion. Anlass sind neue Sortiertechnologien, die angeblich aus gemischten Abfällen verwertbare Stoffströme in akzeptabler Menge und Qualität liefern. Wird damit die getrennte Erfassung von Verpackungsabfall und Restmüll überflüssig? Wo liegen eventuelle Vorteile? Welches sind die Risiken?

Claudia Baitinger, Sprecherin des Arbeitskreises Abfall im NRW-Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) geht diesen Fragen nach:

Auch wir haben uns im BUND sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene mit der so genannten **Zebratonne** auseinandergesetzt. Die Informationen, deren wir habhaft werden konnten, waren nicht besonders üppig. Wir mussten uns bei der thematischen Auseinandersetzung auf Zeitungsartikel und Sekundärliteratur-Fetzen beschränken.

Wenn wir uns hier in Form eines Pro- contra-Statements äußern, gehen wir in allen Fällen davon aus, dass es lediglich um eine gemeinsame Abfallbehandlung von Verpackungs- und Restmüll gehen soll – also ohne Glas, Papier und Bioabfälle.

Zuerst das „Pro“:

1. Wir könnten die Probleme nachvollziehen, die sich vornehmlich in großen Wohnsiedlungseinheiten ergeben: Die Anonymität in diesen Wohnblocks verleitet zum Scheitern jeglicher Trennsysteme. Verpackungsabfall und Restmüll werden miteinander vermischt, die Beseitigung des „Grüne Punkt Mülls“ wird somit zweifach bezahlt. Die Stellen für Abfallberatung, die vielleicht

erzieherisch wirksam sein könnte, wurden zudem drastisch reduziert.

2. Obwohl wir dem Grünen Punkt und dem DSD bekanntermaßen sehr kritisch gegen-überstehen, anerkennen wir das damit verbundene **Verursacherprinzip**: Wer viel Verpackungsmüll verursacht, zahlt dafür gleich beim Einkauf.
3. Die Einführung einer Zebratonne würde auch den letzten „hinterwäldlerischen“ Städten die **Biotonne** bescheren müssen.

Nun unsere kritischen Überlegungen, die vornehmlich Vermeidungs- und Umweltaspekte berücksichtigen:

1. Nur ganz wenige kapitalstarke Entsorger werden sich eine solche High-Tech-Sortier-Anlage zulegen können, den kommunalen Betrieben wird dies nicht möglich sein, ohne dass der Gebührenzahler kräftig zur Kasse gebeten wird, was sich politisch nicht durchsetzen lässt. Die Konsequenz: Die Abfallentsorgung – als Form der

- Daseinsvorsorge eine in unseren Augen unbedingt kommunale Aufgabe – gerät zunehmend in die Hände privater **Monopole** bis hin zu weltweit operierenden multi-nationalen Konzernen. Dadurch entzieht sich diese Aufgabe der öffentlichen Kontrolle, die Bürger sind dem Profitstreben der Privaten ausgeliefert, Gebührensteigerungen und Abstriche beim Umweltschutz werden unweigerlich die Folge sein. Und wer kritisch beäugt, wie Gesetze in unserem Lande oftmals zustande kommen, mit welch harten Bandagen Lobbyisten hinter den Kulissen für ihre Auftraggeber kämpfen, muss auch um eine Aufweichung der gesetzlichen Regelwerke fürchten.
2. Bedingt durch die Zentralisierung aufgrund von nur wenigen teuren und großen Anlagen fürchten wir eine Ausweitung des bereits beachtlichen **Mülltourismus** quer durchs Land und quer durch Europa! Damit verbunden wäre unnötiger Lärm, unnötiger Staub, weiterer Kraftstoffverbrauch und hoher CO₂-Ausstoß. Dazu sagen wir als Umweltverband natürlich entschieden „Nein“.
 3. Wir betrachten die Zebratonne als einen Rückschritt in dem Bemühen einzelner Kommunen (s. Münster!) und der Umweltverbände, durch Mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen ökologisch sinnvolle Abfallbehandlungssysteme zu installieren. Das Zusammenwerfen von Verpackungsabfällen und Restmüll fördert die **Produktion stabilatvergleichbarer Abfallmassen**, die allergrößte Begehrlichkeiten bei den „Pyromanen“ in unserem Land (Zitat Prof. Wassermann) – spricht der Verbrenner-Lobby – erwecken. Wir befürchten eine Ausweitung der Sekundärrohstoffproduktion mit Steigerungsraten, die dem Vermeidungsgedanken diametral gegenüberstehen (In unserem wirtschaftlichen System rechnet sich nur Zuwachs).
 4. Wenn private Firmen zudem beschließen, aus Gründen der so genannten Wirtschaftlichkeit (sprich des Profites) die **Sortierung zu reduzieren**, wäre das gegen den Geist der Kreislaufwirtschaft und hätte einen unnötig hohen **Ressourcenverbrauch** zur Folge. Bemühungen und Erfolge von Jahrzehnten wären zunichte, über Nachhaltigkeit brauchte sich keiner mehr den Kopf zu zerbrechen. Wertstoffhöfe, die allen Unkenrufen zum Trotz in einzelnen Gemeinden hervorragend funktionieren und neben dem Umweltschutzgewinn auch noch Geld für die Gemeindekassen erwirtschaften, wären zum Tode verurteilt.
 5. Wir sehen durch die Installation von „Zebratonnen“ das **Verursacherprinzip** bei der Gestaltung der Müllgebühren noch weiter **ausgehöhlt**: Der Geldbeutel ist bekanntermaßen ein vortreffliches Instrument, Abfälle zu vermeiden – ganz ohne „Nachhilfe“ oder ständig erhobenem Zeigefinger! Das Zusammenführen des „Grüne-Punkt-Mülls“ mit dem Restabfall konterkariert diese in Ansätzen erkennbaren Bemühungen. Wir befürchten, dass Wiege- oder Zählssysteme, die Abfallvermeidung verursachen, dann endgültig zum Scheitern verurteilt sind. Damit wäre die oberste Zielrichtung der Kreislaufwirtschaft – nämlich das Vermeiden vor dem Verwerten und Beseitigen nicht mehr möglich!
 6. Nach unserer Information gibt es bislang einen 53 Stunden dauernden Versuch mit „biolosem“ Abfall aus dem Kreis Neuss (Warum wurde der Abfall eigentlich von so weit hergeholt?). Es ist uns unbegreiflich, wie auf dieser dünnen Daten- und Erfahrungsbasis bereits für ein Verfahren geworben werden kann, das vielleicht unausgegoren und störanfällig sein könnte. **Sollen die Bürger die Versuche zahlen?** Es lässt sich vermuten, dass es nicht in erster Linie um die Einführung einer innovativen Behandlungsanlage gehen soll, die mehr Ressourcenschonung und Umweltschutz verspricht, sondern dass ganz andere Intentionen dahinter stehen – wie ich soeben versucht habe darzustellen.

FAZIT:

Der BUND möchte sich keinesfalls neuen technischen Verfahren verschließen, wenn durch sie weniger Rohstoffe verbraucht, mehr Umweltschutz ermöglicht und verursachergerechte Gebühren gestaltet werden können. Wenn durch diese Anlagen Müllverbrennungsöfen reduziert und unnötig werden, die Verwerungsquote aufgrund von höherer Sortenreinheit gesteigert werden könnte, das Ganze in der Zuständigkeit öffentlicher Entsorgungsträger bliebe, zudem sich kleine dezentrale Anlagen als funktionsfähig und wirtschaftlich darstellten, könnte das für den BUND durchaus eine Perspektive sein, über die wir auf jeden Fall nachdenken würden.

Autorin: Claudia Baitinger

Mehr Infos: www.bund-nrw.de

IMPRESSUM

BUNDaktuell wird herausgegeben vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. ♦ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: -26, e-Mail: bund.nrw@bund.net ♦ **V.i.S.d.P.:** Klaus Brunsmeier, Landesvorsitzender ♦ **Redaktion:** Dirk Jansen ♦ **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln, BLZ: 370 205 00, Konto-Nr. 8 204 700 ♦ Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. ♦ **Der BUND im Internet:** www.bund-nrw.de ♦